

(Antragstellerin/Antragsteller)

.....

.....

.....

.....
(Ort / Datum)

(Bewilligungsbehörde)

Telefon / Telefax:

Auskunft erteilt:

.....

.....

.....

**Antrag auf Gewährung einer Zuwendung des Landes Nordrhein-Westfalen für die
Lärminderungsplanung gemäß § 47 a Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)**

1. Antragstellerin / Antragsteller	
Name/Bezeichnung	
Anschrift:	Straße/PLZ/Ort/Kreis
Auskunft erteilt:	Name/Tel. (Durchwahl)
Gemeindekennziffer:	
Bankverbindung:	Konto-Nr. Bankleitzahl
	Bezeichnung des Kreditinstituts
Landesplanerische Kennzeichnung:	

2. Maßnahme	
Bezeichnung/angesprochener Zuwendungsbereich	Lärminderungsplanung gemäß § 47 a BImSchG
Durchführungs- zeitraum:	von / bis

3. Gesamtkosten	
Laut beil. Kostenvoranschlag/ Kostengliederung/€	
Beantragte Zuwendung/€	

4. Finanzierungsplan			
	Zeitpunkt der voraussichtlichen Fälligkeit (Kassenwirksamkeit)		
	20	20	20 und folg.
	In 1000 €		
1	2	3	4
4.1 Gesamtkosten (Nr. 3)			
4.2 Eigenanteil			
4.3 Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung)			
4.4 Beantragte/bewilligte öffentl. Förderung (ohne Nr. 4.5) durch			
4.5 Beantragte Zuwendung (Nr. 3/5)			

5. Beantragte Förderung				
Zuwendungsbereich	Zuweisung / €	Darlehen / €	Schuldendienst- hilfen / €	v. H. d. Gesamtkosten
1	2	3	4	5
Lärmminderungsplanung gemäß § 47 a BImSchG				
Summe				

6. Begründung

6.1 zur Notwendigkeit der Maßnahme (u. a.: Raumbedarf, Standort, Konzeption, Ziel, Zusammenhang mit anderen Maßnahmen, Maßnahmen desselben Aufgabenbereichs in vorhergehenden oder folgenden Jahren, alternative Möglichkeiten, Nutzen)

6.2 zur Notwendigkeit der Förderung und zur Finanzierung (u. a.: Eigenmittel, Förderhöhe, Landesinteresse an der Maßnahme, alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten)

7. Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen

(Darstellung der angestrebten Auslastung bzw. des Kostendeckungsgrades, Tragbarkeit der Folgekosten für die Antragstellerin/für den Antragsteller, Finanzlage der Antragstellerin/des Antragstellers usw.)

8. Erklärungen

Die Antragstellerin/Der Antragsteller erklärt, dass

8.1 mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird; als Vorhabensbeginn ist grundsätzlich der Abschluß eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten,

8.2 sie/er zum Vorsteuerabzug

- ☐ nicht berechtigt ist,
- ☐ berechtigt ist und dies bei der Berechnung der Gesamtkosten (Nr. 4.1) berücksichtigt hat (Preise ohne Umsatzsteuer)

8.3 die Angaben in diesem Antrag (einschl. Antragsunterlagen) vollständig und richtig sind.

8.4 die Einstellung von Personal für die Aufstellung von Lärminderungsplänen mit dem genehmigten Haushaltssicherungskonzept im Einklang steht. Eine entsprechende Bestätigung meiner zuständigen Aufsichtsbehörde ist beigefügt.

.....

.....

9. Anlagen

- ausführliche Projektbeschreibung (Untersuchungsgebiet, Lage der wesentlichen Geräuschquellen, Methodik),
- Kostenberechnung,
- ggf. Beschluss des zuständigen Gremiums der Stadt,
- ggf. der Kostenkalkulation zu Grunde gelegte Angebote von Gutachtern.

(Antragstellerin/Antragsteller/
Name/Bezeichnung)

Im Auftrag

.....
Ort/Datum

.....
(Rechtsverbindliche Unterschrift)